

**Erste Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen -  
Satzungsbeschluss vom 5. März 2008, geändert mit Beschluss vom 10. Juli 2008  
Genehmigungsbescheid vom 28. Mai 2008, geändert mit Bescheid vom 17. Juli 2008**

**Rechtliche Situation bezüglich des Regionalplans der ehemaligen Planungsregion  
Südwestsachsen und insbesondere der Grundsätze und Ziele zur Nutzung der Wind-  
energie**

Das Sächsische Obergerverwaltungsgericht hat mit seinem Urteil vom 26. Juni 2012, [Az. 1 C 40/11](#), für Recht erkannt:

„Die Satzung über die Erste Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen in der Fassung des Satzungsbeschlusses der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbands Südwestsachsen vom 10. Juli 2008, mit dem der Satzungsbeschluss vom 5. März 2008 geändert wurde, sowie des Genehmigungsbescheids des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 28. Mai 2008, geändert mit Bescheid vom 17. Juli 2008, erneut bekannt gemacht am 6. Oktober 2011, wird insoweit für unwirksam erklärt, als Kapitel 2.5 der Satzung Vorrang-/Eignungsgebiete für die Windenergienutzung ausweist.“

Mit Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 23. Oktober 2012, [Az. 4 BN 35.12](#), wurde dieses Urteil rechtskräftig. Die Entscheidungsformel des Beschlusses wurde durch den Verband am 6. Dezember 2012 im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblattes (SächsABl. Nr. 49/2012) gemäß § 47 Abs. 5 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) öffentlich bekanntgemacht.

Für das Gebiet des ehemaligen Regionalen Planungsverbandes Südwestsachsen (Altlandkreise Aue-Schwarzenberg, Vogtlandkreis, Zwickauer Land, ehemalige kreisfreie Städte Plauen und Zwickau) ergibt sich daraus die nachfolgend dargestellte Rechtsfolge.

Mit Ausnahme des durch das Sächsische Obergerverwaltungsgericht für unwirksam erklärten Kapitels 2.5 gilt nach wie vor die am 6. Oktober 2011 bekannt gemachte erste Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Südwestsachsen [Regionalplan Südwestsachsen 2011] (SächsABl. Nr. 40/2011) weiter. Vor dem Inkrafttreten des Regionalplans Südwestsachsen 2011 galt der am 2. August 2007 bekannt gemachte Regionalplan Südwestsachsen 2007 (SächsABl. Nr. 31/2007).

Bisher wurde davon ausgegangen, dass mit der Rechtskraft der Entscheidung des OVG zur Unwirksamkeit des Kapitels 2.5 (Windenergienutzung) insoweit der alte Regionalplan Südwestsachsen 2007 wieder auflebte (siehe dazu auch das Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 16. November 2012). Aufgrund einer Entscheidung des VG Chemnitz vom 21. Juli 2021 (Az. 2 K 2137/18) wird an dieser Rechtsauffassung nicht mehr festgehalten (siehe dazu das aktuelle Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung vom 1. August 2022).

Im Ergebnis bedeutet dies, dass für das Gebiet des ehemaligen Regionalen Planungsverbandes Südwestsachsen keine spezifischen Ziele und Grundsätze für die raumordnerische Steuerung von Windenergieanlagen mehr bestehen. Eine indirekte raumordnerische Steuerung von Windenergieanlagen erfolgt nur noch durch die im Regionalplan Südwestsachsen 2011 enthaltenen Ziele der Raumordnung für andere Raumnutzungen, soweit diese der Windenergie im Einzelfall entgegenstehen.

---

Fragen und Hinweise: Planungsverband Region Chemnitz  
Verbandsgeschäftsstelle  
Werdauer Str. 62  
08056 Zwickau  
Telefon: 0375/2894050

28.11.12 11.92.



SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN  
01095 Dresden

Landesdirektion Sachsen

- im Postaustausch -

Nachrichtlich:

Planungsverband Region Chemnitz  
Herrn Verbandsvorsitzenden  
Landrat Vogel  
Paulus-Jenisius-Straße 24  
09456 Annaberg-Buchholz

Landratsamt Erzgebirgskreis  
Büro Landrat

Eing.: 20. NOV. 2012

Nr.:

Zust. Bearb.:

Hr. Kropf

J. A. 16.11.

Ihr/-e Ansprechpartner/-in  
Peter Rösler

Durchwahl

Telefon +49 351 564-3413

Telefax +49 351 564-3409

peter.roesler@  
smi.sachsen.de\*

Aktenzeichen

(bitte bei Antwort angeben)  
41-2423.50/1

Dresden,  
16. November 2012

**Normenkontrollverfahren gegen den Regionalplan Südwestsachsen;  
Beschluss des Bundesverwaltungsgerichtes vom 23. Oktober 2012,  
Az.: 4 BN 35.12**

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend überlassen wir Ihnen den o. g. Beschluss, in dem das Bundesverwaltungsgericht die Beschwerde des Planungsverbandes Region Chemnitz gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil des Sächsischen Obergerichts vom 19. Juli 2012, Az.: 1 C 40/11, zurückgewiesen hat. In diesem Urteil hatte das Sächsische Obergericht den Regionalplan Südwestsachsen aus dem Jahre 2008 insoweit für unwirksam erklärt, als Kapitel 2.5 Vorrang-/Eignungsgebiete ausweist.

Für die Steuerung der Windenergienutzung auf dem Gebiet der ehemaligen Planungsregion Südwestsachsen ergibt sich daraus folgende Rechtslage:

Vor Inkrafttreten des Regionalplanes aus dem Jahre 2008 galt der im Jahr 2000 beschlossene Regionalplan Südwestsachsen. Mit Rechtskraft der Entscheidung des Sächsischen Obergerichts vom 19. Juli 2012 ist der Teil zur Steuerung der Windenergienutzung des Regionalplans aus dem Jahre 2000 wieder aufgelebt. Somit gelten dessen Festlegungen zur Steuerung der Windenergienutzung für das Gebiet der ehemaligen Planungsregion Südwestsachsen, bis dieser Regionalplan hinsichtlich der Steuerung der Windenergienutzung in einem ordnungsgemäßen Verfahren aufgehoben oder durch Fortschreibung ersetzt wird. Eine Fortschreibung des Regionalplanes kann zudem bereits während der Aufstellung beachtlich sein, wenn die Festlegungen eine formelle und materielle Planreife aufweisen. Von einer formellen Planreife kann regelmäßig dann ausgegangen werden, wenn das Beteiligungsverfahren nach den §§ 9, 10 ROG i. V. m. § 6 Abs. 2 SächsLPlG durchgeführt wird.

Wir bitten, die betroffenen Landratsämter als Untere Immissionsschutz- und Baubehörden hiervon in Kenntnis zu setzen.

Hausanschrift:  
Sächsisches Staatsministerium  
des Innern  
Wilhelm-Buck-Str. 2  
01097 Dresden

www.smi.sachsen.de

Verkehrsanbindung:  
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Besucherparkplätze:  
Bitte beim Empfang Wilhelm-Buck-Str. 4 melden.

\*Kein Zugang für elektronisch signierte  
sowie für verschlüsselte elektronische  
Dokumente.



In diesem Zusammenhang wird nochmals auf die seit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 10.08.1990, Az.: 4 C 3/90, abschließend geklärte Rechtslage hingewiesen.

Die in einer Besprechung mit Vertretern der Landratsämter im Anschluss an die Sitzung der Verbandsversammlung vom 25. September 2012 vorgebrachte Auffassung, der planerische Gesamtzusammenhang innerhalb der jeweiligen Regionalpläne verbiete ein Wiederaufleben allein des die Windenergienutzung betreffenden Teils des Regionalplanes aus dem Jahr 2000 bei Fortgeltung des Regionalplanes aus dem Jahr 2008 im Übrigen, ist abzulehnen. Gerade durch die Teilunwirksamkeitserklärung hat das Sächsische Obergerverwaltungsgericht zum Ausdruck gebracht, dass ein entsprechender Gesamtzusammenhang nicht besteht, viel mehr ist eine Trennbarkeit des die Windenergienutzung betreffenden Kapitels 2.5 anzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Frank Pfeil

Abteilungsleiter Landesentwicklung, Vermessungswesen, Sport

**Anlage:** Beschluss des Bundesverwaltungsgerichtes vom 23. Oktober 2012,  
Az.: 4 BN 35.12  
Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 10. August 1990,  
Az.: 4 C 3/90

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR REGIONALENTWICKLUNG  
01095 Dresden

Planungsverband Region Chemnitz  
Herrn Landrat Rolf Keil  
Werdauer Straße 62  
08056 Zwickau

## **Gesetz zur Umsetzung der Länderöffnungsklausel (LÖK) Wind Umsetzung § 84 Abs. 6 SächsBauO**

Sehr geehrter Herr Verbandsvorsitzender,

hiermit möchte ich Sie darüber informieren, dass eine Prüfung des Anwendungsbereichs des neu gefassten § 84 Absatz 6 SächsBO ergeben hat, dass die bisherige Ansicht einer Fortgeltung des ehemaligen Regionalplans Südwestsachsen 2002 (SMI Schreiben vom 16. November 2012) in Folge der einschlägigen OVG-Rechtsprechung nicht aufrecht erhalten wird.

Die geänderte Rechtsauffassung ergibt sich auf Folgendem:

Nach Ansicht des Verwaltungsgerichts Chemnitz (Urteil vom 21. Juli 2021, AZ.: 2 K 2137/18) führt die Entscheidung des Sächsischen Obergerichts zur Unwirksamkeit der Ausweisung von Vorrang- und Eignungsgebieten Windenergienutzung des Regionalplans Südwestsachsen 2008 (Urteil vom 26. Juni 2012, Az. 1 C 40/11), nicht dazu, dass die Kapitel zur Steuerung der Windenergienutzung des Regionalplans Südwestsachsen 2000 wiederaufleben.

Begründet wird dies damit, dass in der Fortschreibung andere Vorrang- und Eignungsgebiete festgelegt werden, als dies im ursprünglichen Plan der Fall war, somit stelle sich die Frage der Gesamtabwägung neu.

Zum anderen bedürfe ein Regionalplan nach § 7 Abs. 2 S. 1 SächsLPIG stets - anders als ein Bebauungsplan nach §10 Abs. 2 S. 1 BauGB nur in Einzelfällen - der Genehmigung der obersten Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde. Für den so "entstandenen" Regionalplan, der sich aus Regelungen des Plans von 2000 und Regelungen aus der Ersten Gesamtschreibung von 2008 zusammensetzt, sei jedoch keine erneute Genehmigung erteilt worden. Zwar sehe § 7 Abs. 3 S. 4 SächsLPIG die Möglichkeit einer Genehmigungsfiktion vor, wenn die Genehmigung nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten erteilt wird. Erforderlich für das Ingangsetzen dieser Frist sei jedoch eine Antragstellung. Fehle eine solche, könne auch die Genehmigungsfiktion nicht über die mangelnde Genehmigung hinweghelfen.

**Ihr/-e Ansprechpartner/-in**  
Udo Wittmoser/ Prof. Sponer

**Durchwahl**  
Telefon: +49 351 564 50418  
Telefax:

Udo.Wittmoser@  
smr.sachsen.de  
Wolf-Uwe.Sponer@  
smr.sachsen.de

**Ihre Nachricht vom**

**Aktenzeichen**  
**(bitte bei Antwort angeben)**  
41-0500/117/41-2022/22947

**Dresden, 01.08.2022**

**SACHSEN**  
**KREMPelt DIE**  
**#ÄRMELHOCH**  
FÜR DIE CORONA-SCHUTZIMPFUNG



**Hausanschrift:**  
**Sächsisches Staatsministerium**  
**für Regionalentwicklung**  
Archivstraße 1  
01097 Dresden

[www.smr.sachsen.de](http://www.smr.sachsen.de)

**Verkehrsverbindung:**  
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Für Besucher mit Behinderungen befinden sich gekennzeichnete Parkplätze am Königsufer. Für alle Besucherparkplätze gilt: Bitte beim Pfortendienst melden.

Bitte beachten Sie die allgemeinen Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung zur Erfüllung der Informationspflichten nach der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung auf [www.smr.sachsen.de](http://www.smr.sachsen.de)

Daraus ergibt sich nach Ansicht des VG Chemnitz, dass der ursprüngliche Regionalplan von 2000 hinsichtlich der Steuerung der Windenergienutzung nicht automatisch wieder auflebt.

Das SMR hält die vorgenannten Darlegungen des VG Chemnitz für überzeugend, zumal sich das Sächsische OVG in der o.a. Entscheidung im Hinblick auf die Fortgeltung vor-maliger Pläne nicht positioniert hat. Die vom VG Chemnitz vertretene und vom SMR ge-teilte Auffassung steht auch nicht im Widerspruch zur Entscheidung des Sächsischen OVG vom 3. Juli 2012 (AZ: 4 B 808/06), welches in den Urteilsgründen darauf hinweist, dass bei einem Regionalplan von der Fortgeltung einer früheren Fassung für den Fall der Unwirksamkeit der nachfolgenden Fassung auszugehen sei (dortige Rz. 59 m.w.N.). Denn dies wird auch vom VG Chemnitz und der nunmehr durch das SMR vorgenomme-nen, geänderten, Auslegung dem Grunde nach auch nicht bestritten. Es werden jedoch ergänzende Voraussetzungen für die Wirksamkeit des dann „neu zusammengesetzten“ Plan definiert. Denn es verhält sich im hier zu beurteilenden Fall gerade nicht so, dass die bisherigen Planlage vollständig aufgehoben und durch die bisherige substituiert wird.

Dies vorausgeschickt hätte es schon deswegen einer neuen Gesamtabwägung des „wie-derauflebenden“ Teilplans Wind mit dem übrigen fortgeltenden Regionalplan bedurft, weil der Regionalplan von 2000 zur Steuerung der Windenergienutzung auf anderen pla-nerischen Vorgaben als der übrige Regionalplan aus dem Jahr 2008 basiert hat, welcher bekanntermaßen auf Grund des LEP 2003 fortgeschrieben worden ist. Allein die damit verbundenen unterschiedlichen landesplanerischen Rahmenbedingungen für den Fort-schreibungsprozess hätten eine erneute Gesamtabwägung des „zusammengesetzten Plans“ erfordert. Auch im Hinblick auf die regelmäßig eintretenden abwägungserhebli-chen Wechselwirkungen der raumordnerischen Sicherung von Windenergiegebieten mit anderen raumordnerischen Belangen und Schutzgütern spricht zudem viel dafür, dass darüber hinaus zumindest eine gesonderte, den neuen Plan mit seiner Abwägung bestä-tigende, Beschlussfassung der Verbandsversammlung mit entsprechender Veröffentli-chung erforderlich gewesen wäre.

In jedem Falle hätte es, wie das VG Chemnitz zutreffend ausführt, eines Antrags auf Genehmigung des neu zusammengesetzten Regionalplans bedurft. Vorsorglich wird da-rauf hingewiesen, dass selbst bei nunmehriger Antragstellung auf Genehmigung des „neu zusammengesetzten“ Regionalplans, diese Genehmigung nicht mehr erteilt werden könnte, weil es an der erforderlichen „neuen“ Gesamtabwägung fehlt und auch ange-sichts der Vorgaben des LEP 2013 die Genehmigungsfähigkeit ausscheidet.

Zugleich wird mit der hier mitgeteilten geänderten Rechtsauffassung aber auch klarge-stellt, dass der betroffene Teil des Plangebiets des ehemaligen Regionalen Planungs-verbandes Südwestsachsen (Altlandkreise Aue-Schwarzenberg, Vogtlandkreis, Zwick-auer Land, ehemalige kreisfreie Städte Plauen und Zwickau) nicht der Anwendung des § 84 Absatz 6 SächsBO unterfällt, weil in diesem Plangebiet kein wirksamer Plan zur Steuerung der Windenergie besteht.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Max Winter  
Abteilungsleiter Landesentwicklung, Vermessungswesen